

Call for Papers
**„Soziale Bewegungen in der Stadt –
städtische soziale Bewegungen“**

Gemeinsame Tagung der DGS-Sektionen
„Stadt- und Regionalsoziologie“ und „Soziale Probleme und Soziale Kontrolle“
am 20. und 21. April 2012 in Hamburg

Für Eric Hobsbawm sind Großstädte seit ihrem Entstehen für soziale Proteste geradezu prädestiniert, weil dort „Arme dicht beieinander wohnen“ und sie „Sitz der Macht“ sind. Neben spezifischen sozialen Beziehungen und Herrschaftsverhältnissen kommen auch die räumlichen Strukturen der Stadt und die physische Nähe der Akteure und Akteurinnen in den Blick, die für die Mobilisierungsfähigkeit und auch die Wirksamkeit städtischer Proteste von zentraler Bedeutung sein können.

Großstädte sind wieder zu Orten sozialer Bewegungen geworden. Mit Slogans wie „oben bleiben“ (Stuttgart) oder „Recht auf Stadt“ (Hamburg) artikuliert sich heute auf unterschiedliche Weise ein Protest, der auf sich verändernde urbane Realitäten Bezug nimmt und dabei eine breite öffentliche und mediale Resonanz findet. Mit den zwei populären Beispielen lassen sich die Eckpunkte eines weiten Spektrums städtischer Bewegungen veranschaulichen: Auf der einen Seite versucht in Stuttgart eine breite Koalition, ein Großprojekt zu verhindern, von dessen Nutzen die Bürger und Bürgerinnen nicht überzeugt werden konnten, auf der anderen Seite ist in Hamburg ein Netzwerk von über 40 Initiativen entstanden, die vom autonomen Protest gegen Gentrification in St. Pauli bis zur Initiative zum Erhalt des Altonaer Museums reichen und zusammen unter dem von Henri Lefèbvre in den sechziger Jahren formulierten Slogan vom „Recht auf Stadt“ die dominierende Hamburger Stadtpolitik der „wachsenden Stadt“ in Frage stellen.

Die Vielfalt von Themen, Anlässen, Akteurskonstellationen und Protestformen hat eine Unübersichtlichkeit geschaffen, die eine theoretische und politische Einordnung der sozialen Bewegungen schwierig macht. Städtische Bewegungen thematisieren sowohl Fragen sozialer Marginalisierung, Verdrängung und Ausgrenzung als auch vielfältige Aspekte des städtischen Lebens von der Gestaltung des öffentlichen Raums bis hin zur Verteidigung des lieb gewordenen Quartiers gegen ausländische Touristen und Touristinnen. Eher marginal erscheinende Initiativen wie solche für eine „barrierefrei Stadt“ oder auch Gagfah-Proteste stehen heute neben (ehemaligen) Mietboykott- oder Hausbesetzungsbewegungen, Anti-Gentrifizierungs-Kämpfen, „NOlympics-Kampagnen“ (Berlin 1993, München 2018) sowie „Community Garden-“ und „Not-In-My-Backyard (NIMBY)“-Initiativen. Neuere Bewegungen lassen sich danach unterscheiden, inwieweit sie ihre Bedeutung und Dynamik primär aus dem Lokalen gewinnen oder ihr Protest in globale und strukturelle Zusammenhänge eingebunden ist. Sind sie in diesem Sinne *städtische* soziale

Bewegungen oder soziale Bewegungen, die sich *in* Städten artikulieren, weil die Akteure hier präsent sind?

Aktuelle städtische Bewegungen scheinen damit nicht eindeutig einordbar zu sein. Fragen der sozialen Gerechtigkeit werden häufig mit Partizipationsansprüchen verknüpft, allerdings sind wohl nicht alle Initiativen mit emanzipatorischen und demokratischen Potentialen verbunden. Auch scheinen die Akteure und Akteurinnen in ihren Rollen und in ihrer Selbstreflexion ambivalent: (Ehemalige) „Pioniere“ und „Gentrifier“ können zu Kernakteuren des Protestes gegen Gentrification und zu „(a-typischen) Moralunternehmern“ (Scheerer) werden. Bürgerlich geprägte Proteste wie in Stuttgart lassen sich als Forderung nach einem Mehr an demokratischer Kontrolle der kollektiven Konsumtion städtischer Infrastrukturen interpretieren, aber auch als eine schlichte Verteidigung traditioneller bürgerlicher Positionen. NIMBYs können als Verteidigungskämpfe einer verunsicherten Mittelschicht, aber auch als offensiver Ausdruck einer „revanchist city“ (Smith) gedeutet werden. Es ist somit keineswegs ausgemacht, welche Initiativen und Bewegungen sich im Sinne Lefèbvres für ein „Recht auf Stadt“ einsetzen, indem sie gegen die stadtpolitische Konzentration auf Wettbewerb und Wachstum agieren, und welche sich im Sinne einer neoliberalen Governance in der Weise vereinnahmen lassen, dass die Ausweitung bürgerschaftlicher Partizipation hier mit einer Stadtpolitik einhergeht, die auf eine Ökonomisierung des Sozialen hinausläuft und die Opfer dieser Politik für ihre soziale Lage selbst verantwortlich macht.

Ob städtische soziale Bewegungen Erfolg haben – und das heißt heute vor allem, ob es ihnen gelingt, Anerkennung für die Konstruktion eines sozialen Problems zu erlangen –, hängt von ihren jeweiligen Potentialen der Ressourcenmobilisierung und des ‚Framings‘ innerhalb der sozialen und politischen Kontexte ab. Vom Framing und der jeweils dominanten Problemdefinition hängt es ab, ob, inwieweit und wie soziale Probleme in Städten artikuliert und damit mobilisierungsfähig werden – oder aber sozial-räumlich bearbeitet und verwaltet werden.

Vortragsangebote (Exposé von 1-2 Seiten), die sich in theoretisch und/oder empirisch fundierter Weise und gern auch historisch oder international vergleichend mit dem Thema auseinandersetzen, senden Sie bitte bis zum 30.11.2011 per E-Mail an Norbert Gestring (norbert.gestring@uni-oldenburg.de), Renate Ruhne (ruhne@uni-kassel.de) und Jan Wehrheim (jan.wehrheim@uni-hamburg.de).